

Rede von Raed Saleh, Klausurtagung SPD-Fraktion Berlin 22.01.16

- es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: Beginn der Rede

Wir haben in den letzten vier Jahren eine Menge auf den Weg gebracht. Es ist Zeit für eine Bilanz. Ich glaube, man kann sagen, dass wir in den letzten vier Jahren eine Zeitenwende unserer Stadt erlebt haben.

Wer an Deutschland denkt, denkt zuerst an Berlin: An das Brandenburger Tor, an den Fernsehturm, an den Kudamm, an die Eastside-Gallery. Unsere Straßen und Kieze kennt ganz Deutschland aus dem Fernsehen oder vom letzten Berlin-Besuch.

Berlin ist endgültig zum kulturellen Spiegel der deutschen Gesellschaft geworden. Unsere vielfältige Kulturlandschaft strahlt weit über die deutschen Grenzen hinaus. Inzwischen leben nicht nur wir die Rolle der Hauptstadt – inzwischen sind wir auch in ganz Deutschland als Hauptstadt anerkannt.

Die Geschehnisse, die Ereignisse in Berlin werden mittlerweile im ganzen Land wahrgenommen. Nicht nur das Negative, wie zum Beispiel BER oder LAGESO, sondern auch das Positive wie die Grüne Woche, unsere Fanmeilen und viele große Events.

Das Schicksal unserer Stadt bewegt die Menschen in ganz Deutschland. Das haben wir immer so gewollt – und damit müssen und wollen wir jetzt auch leben. Und es stimmt ja: Berlin ist wirklich zum Labor eines offenen Deutschlands geworden.

Bei uns hat sich eine Gesellschaft geformt, die nicht durch Religion oder Herkunft zusammengehalten wird, sondern durch die Werte der Toleranz,

der Vielfalt und der Freiheit. Bei uns ist jeder Lebensstil und jede Einstellung zuhause – auch alle negativen und positiven Entwicklungen Deutschlands spiegeln sich in unserer Stadt.

Berlin ist in den Augen vieler Menschen nicht nur eine Stadt, sondern ein Versprechen: Das Versprechen lautet, dass Berlin eine Heimat für alle sein kann, die sich anstrengen und hier etwas aufbauen wollen. Eine Heimat der Mutigen.

Es ist das Versprechen einer Stadt, in der das eigene Leben nicht durch äußere Umstände geformt wird. Eine Stadt des sozialen Miteinanders, in der man sein Leben selbst in die Hand nehmen kann.

Eine Stadt, in der jede und jeder seine Chance erhält. Und wenn nötig auch eine zweite und dritte Chance. Spätestens in unserer politischen Generation hat diese Idee Berlins angefangen, die Stadt zu prägen. Berlin ist von einer übergroßen Provinzstadt zu einer echten Metropole geworden.

Diese mentale und kulturelle Berliner Zeitenwende bringt Folgen mit sich, die uns als Politik vor ganz konkrete Herausforderungen stellt. Denn wir erleben auch eine neue Ära des Wachstums. Es ist noch gar nicht so lange her, da gab es Szenarien einer schrumpfenden Stadt. Mittlerweile sind wir eine wachsende Stadt. Das ist in dieser Legislatur zur Arbeitsgrundlage unserer Politik geworden.

Für viele Deutsche und für viele Menschen aus der ganzen Welt ist es zum Lebenstraum geworden, in unserer Stadt zu wohnen und zu arbeiten. Junge Menschen kommen nach Berlin, weil sie bei uns am Puls der Zeit leben können. Andere kommen zu uns, weil ihre Arbeitsplätze in unsere Stadt gewandert sind.

Manche kommen nach Berlin, weil sie die offene Gesellschaft, die stabile

Demokratie suchen. Ich habe junge Ungarn in Berlin getroffen, die ganz bewusst Ungarn unter Orban verlassen haben. Sie haben mir gesagt: Hier können wir frei atmen. Hier können wir uns frei entfalten. In den nächsten Jahren werden aufgrund der aktuellen Entwicklungen auch noch mehr junge Polen zu uns kommen, weil unsere Gesellschaft ihnen mehr Freiheit bietet.

Viele gründen ihre Familien bei uns, denn man findet in unserer Stadt einen Kitaplatz, man kann alle Stadtteile mit der S- und U-Bahn erreichen und es ist und bleibt eine der grünsten Metropolen überhaupt.

40.000 Menschen kommen zu uns, Jahr für Jahr. Flüchtlinge kommen noch dazu. Im letzten Jahr waren es 80.000 Flüchtlinge. Diese Geschwindigkeit der Zuwanderung erzeugt Wachstumsschmerzen, und diese Wachstumsschmerzen wird es auch weiterhin geben.

Es ergeben sich aber auch Chancen, wenn wir es schaffen, die Stadt zu gestalten, so dass sie ihren Charme und ihre Freiheit erhält.

Unsere Wirtschaft wächst seit einigen Jahren schneller als der Bundesdurchschnitt.

Das liegt nicht nur am starken Tourismus und an Berlin als einer der wichtigsten Städte für Messen und Veranstaltungen. Berlin ist längst ein Impulsgeber für die neue Wirtschaft der Zukunft geworden. Unternehmen wie Zalando, Rocket Internet und Immobilienscout24 sind in Berlin gegründet worden.

Wir sind für das Zukunftsthema Carsharing einer der wichtigsten Märkte überhaupt. Für Elektroautos wollen wir es werden. Mit über 1.000 Unternehmen und 16.000 Arbeitsplätzen ist Adlershof zum Beweis dafür geworden, dass Berlin im Bereich der Hochtechnologie erfolgreich sein kann.

Unsere Gesundheitsbranche, die drei Universitäten, etliche Hochschulen und die vielen Forschungseinrichtungen machen Berlin zu einem guten Standort für neue Unternehmen. Und genau diese Vorteile bauen wir aus – zum Beispiel – Ina – in der Fabeckstraße mit einem neuen Gründerzentrum. Zum Beispiel mit der TVO, die den Innovationspark Wuhlheide besser erschließt. Und irgendwann zu unseren Lebzeiten werden wir auch Tegel zum Technologiepark machen.

In dieser Legislaturperiode haben wir, auch dank des Engagements unserer Arbeitssenatorin Dilek Kolat, bei der Arbeitslosigkeit die rote Laterne abgegeben. Aus der armen Stadt ist eine boomende Stadt Berlin geworden.

Wir dürfen uns aber auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Und wir dürfen trotz der besseren Lage von heute die Stadt nicht rosa-rot sehen. Was heißt zum Beispiel der wirtschaftliche Boom – und bei wem kommt er an? Das durchschnittliche Einkommen in Berlin liegt immer noch 10 Prozent hinter Hamburg und 20 Prozent hinter Hessen.

440.000 Berlinerinnen und Berliner haben weniger als 1300 Euro im Monat zur Verfügung. Auch diese Menschen müssen steigende Mieten oder höhere BVG-Kosten zahlen. Auch sie wollen sich einen Besuch im Schwimmbad oder im Tierpark leisten können.

In Berlin steigen die Mieten genauso schnell wie in Hamburg, aber die Einkommen hinken hinterher. Gemessen am Einkommen zahlt der Durchschnitts-Berliner schon heute genau so hohe Mieten wie in München.

Es ist also völlig klar: Trotz einer besseren wirtschaftlichen Lage, trotz des Booms haben wir unter der Oberfläche wachsende soziale Ungleichheit und damit sozialen Sprengstoff in unserer Stadt. Und deshalb müssen wir daran arbeiten, dass unsere Wirtschaft weiter gestärkt wird.

Wir helfen zum Beispiel mit einem Förderprogramm zur Modernisierung der IT – Unternehmen und Arbeitsplätze in einer immer stärker online-basierten Wirtschaft nachhaltig zu sichern.

Unser Ziel bleibt auch, dass möglichst alle Arbeitsplätze eine Tarifbindung haben. Dass wir gute Arbeitsplätze haben in Berlin.

Wir haben beim Technikmuseum Berlin gezeigt, dass wir keine Ruhe geben, wenn es um gute Arbeit geht. Die Hälfte der Mitarbeiter in der Besucherbetreuung waren dort befristet. Immer wieder. Kettenbefristungen. Und das bei einem Landesunternehmen, wo wir Verantwortung tragen. Monatelang haben wir das kritisiert. Und nichts hat sich getan. Am Ende haben wir im Haushalt das Geld für das Technikmuseum gesperrt – und mittlerweile sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu 80% entfristet. Vielen Dank an Clara West, die dabei mitgeholfen hat, den Prozess zu einem guten Ende zu führen. Genauso entschlossen werden wir auch prekäre Arbeit bei jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angehen.

Es kann nicht sein, dass wir immer über den Bildungsstandort Berlin reden. Über den Forschungsstandort Berlin. Und die, die Berlin voranbringen sollen, werden schlecht bezahlt. In Teilzeitverträgen. Immer befristet. Sie haben kaum eine Chance, eine Familie zu gründen. Hier werden wir einen Pakt für gute Arbeit an den Hochschulen schließen – damit wir nicht nur in der Forschung exzellent sind, sondern auch bei den Arbeitsbedingungen!

Das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratie: Wirtschaftspolitik heißt, dass wir faire Löhne, neue, reguläre Jobs ohne Befristungen und nachhaltige wirtschaftliche Strukturen schaffen. Nur wenn wir als SPD eine starke Wirtschaft und gute Arbeit in den Mittelpunkt stellen, werden wir unsere Stadt zusammenhalten können. Soziale Gerechtigkeit und eine

starke Wirtschaft sind kein Widerspruch, sondern zwei Standbeine der SPD – wir stehen für eine ökonomisch starke und soziale Stadt!

Unser Regierender Bürgermeister Michael Müller hat ganz besonders energisch dafür gekämpft, dass Berlin seine Rolle als wachsende Stadt erkennt und annimmt. Er ist authentisch, fleißig und er greift energisch durch, wenn es Missstände gibt. Und deshalb ist er der beliebteste Politiker unserer Stadt. Lieber Michael Müller, Deine Partei, Deine Fraktion freuen sich darauf, mit Dir in diesem Wahljahr für eine solidarische Stadt und für ein wirtschaftlich starkes Berlin zu kämpfen.

Diese Legislaturperiode war reich an politischen Stürmen. BER-Verschiebung eins, zwei und drei. Der Volksentscheid um das Tempelhofer Feld. So mancher harter Streit im Senat mit dem Koalitionspartner. Die Flüchtlingskrise. Und so Vieles mehr.

Ihr habt in all diesen Stürmen verantwortlich agiert. Wir haben bewiesen, dass wir unserer Aufgabe gewachsen sind. Je komplizierter die Situation war, desto geschlossener und solidarischer stand die Fraktion zusammen.

Ich habe ja schon zu Beginn der Legislatur immer wieder betont: Stabilität, Stabilität, Stabilität. Aber ich glaube, die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Berlinerinnen und Berliner sich genau danach sehnen.

Keiner erwartet Wunder von der Politik, sondern nur, dass wir ehrlich und fleißig unsere Arbeit machen und damit stabile Verhältnisse schaffen. Das haben wir geleistet – und darauf können wir stolz sein.

Ich danke Euch: Für Eure offene Kritik nach innen. Denn wir waren und sind kein Abnickverein. Ich danke Euch für Eure klare Haltung und Solidarität nach außen. Denn wir sind ein politischer Motor dieser Stadt.

Eine selbstbewusste und gleichzeitig loyale Fraktion – das haben wir in

dieser Legislaturperiode immer wieder gezeigt – ist das beste, was dem Senat passieren kann.

Es ist offensichtlich, dass unsere Koalition mit der CDU tagespolitisch einen schlechten Eindruck macht. Richtig ist aber auch, dass wir – abseits des Lärms und des politischen Tauziehens, das wir jeden Tag erleben – auf der SPD-Seite eine großartige Bilanz vorweisen können.

Ich erinnere mich an den Arbeitskampf von 2011 in Marzahn-Hellersdorf. Viele Fraktionsmitglieder haben sich damals solidarisiert: Liane, Iris, Sven, Thomas. Die Pflegerinnen und Pfleger von Alpenland wollten den gleichen Lohn wie im Westteil der Stadt. Und das 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Damals galt auch auf Bundesebene noch kein gesetzlicher Mindestlohn.

Und am Ende haben wir es – trotz CDU – geschafft, beides in Gesetzesform zu gießen. Wir haben den Mindestlohn für öffentliche Aufgaben eingeführt. Und wir haben durchgesetzt: Bei städtischen Aufgaben muss gleicher Lohn in Ost und West gezahlt werden. Gleicher Lohn für Frau und Mann. Das ist noch gar nicht so lange her – es ist Euer Erfolg – wir haben Haltung bewiesen!

Gerade jetzt sind wieder einige Neoliberale auf dem Weg und suchen nach neuen Gründen, um den Mindestlohn wieder zu brechen. Das Argument lautet diesmal, man bräuchte für Flüchtlinge einen geringeren Mindestlohn, damit sie eingestellt werden. Die gleichen Lobbyisten wollten auch schon für Rentner und Berufsanfänger einen geringeren Mindestlohn. Wie Wölfe attackieren sie immer die Schwächsten in der Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, die ganze Gesellschaft zu zerreißen. Was würde eigentlich die Berlinerin mit syrischen Wurzeln sagen, wenn sie nach drei oder vier Jahren hier Arbeit findet und aufgrund ihrer Herkunft weniger verdient als ihre Kollegen? Was würden eigentlich Berliner Verkäufer sagen, wenn sie entlassen werden, weil Flüchtlinge ihre Arbeit

für weniger Lohn machen müssten? Wer so denkt, der spaltet die Gesellschaft und argumentiert an der Menschenwürde vorbei – mit uns kann und wird es keine Aushöhlung des Mindestlohns geben!

Erinnern wir uns an die langen Debatten um eine neue Personalpolitik in Berlin. Seit der Wende hatte sich der öffentliche Dienst in Berlin halbiert. Am Anfang dieser Legislaturperiode standen die 100.000 Stellen wie ein Dogma.

Und dann haben Kirsten Flesch und viele andere gesagt, dass Berlin ein Personalentwicklungskonzept braucht. Die Fraktion hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir haben auf der Fraktionsklausur 2014 beschlossen, dass das Dogma 100.000 fällt und dass die Zeit der Entbehungen für den öffentlichen Dienst endet. Wir brauchten mehr Personal, weil unsere Stadt wächst.

Wir haben dann auf der innenpolitischen Klausur in Braunschweig einen weiteren prägenden Beschluss gefasst. Wir haben durchgesetzt, dass die Beamtenbesoldungen schrittweise an das Niveau der anderen Bundesländer angepasst werden. Wir haben den Polizistinnen und Polizisten und den vielen Kräften im Dienst des Landes Berlin damit eine Perspektive gegeben und wir werden wieder gerechte Besoldungen erreichen.

Seit unserem Braunschweiger Beschluss wurden in jedem Haushalt die Stellen verstärkt: Die Bezirke haben mehr Personal erhalten, u.a. für mehr Baugenehmigungen, für die Sozialämter, für die Bürgerämter. Auch Polizei und Sicherheitsbehörden wurden personell verstärkt. Wir haben tausende Lehrkräfte und Kitaerzieherinnen eingestellt. erinnert Euch, wie wir zu Beginn dieser Legislaturperiode angefangen haben: Damals ging es noch um Personalabbau im öffentlichen Dienst. Wir haben das gedreht und darauf können wir stolz sein.

Uns ist bewusst – und Michael hat das in seiner Neujahrsbotschaft zurecht betont – dass wir erst am Anfang einer echten und nachhaltigen Verwaltungsreform stehen. Wenn man alle Problemlagen auf einen Nenner bringen will, dann sind es aus meiner Sicht zwei Kernpunkte, bei denen wir ansetzen müssen.

Erstens muss die Digitalisierung der Verwaltung vorangetrieben werden. Manche junge Leute sehen auf unseren Ämtern Geräte, die sie nur schwer als Computer identifizieren können. Zum Teil werden noch Betriebssysteme aus dem vorletzten Jahrzehnt benutzt. Von elektronischen Akten kann man überhaupt nur träumen. Wir müssen deshalb in den nächsten Jahren in die bessere technische Ausstattung der Verwaltungen investieren.

Der zweite Ansatzpunkt, um unsere Verwaltung besser zu machen, liegt beim Personal. In den kommenden fünf Jahren werden 27.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pension und Rente gehen. Diese Lücke muss gefüllt werden. Deshalb investieren wir heute so viel Geld in Ausbildung wie noch nie zuvor in der Geschichte Berlins.

Die Aufgabe ist, den Wissenstransfer zwischen den alten und den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu schaffen. Und gleichzeitig neue, zeitgemäße Arbeitsweisen in die Verwaltung einzuführen.

Wir brauchen aber auch eine neue Vorstellung davon, wer für Berlin arbeiten soll. Wir brauchen nicht nur Verwaltungsfachangestellte, sondern auch Quereinsteiger aus allen Fachrichtungen. Menschen mit Lebenserfahrungen und Kenntnissen über die Verwaltung hinaus.

Wir wollen, dass die Verwaltung in Berlin an vielen Stellen besser wird. Und dafür werden wir hart und fleißig arbeiten! Denn nach über 25 Jahren Regierungsverantwortung in Berlin müssen wir uns als SPD immer wieder hinterfragen. Selbstgefälligkeit können wir uns nicht leisten.

Gerade weil wir erfolgreich sind, dürfen wir nicht Missstände ignorieren. Wir müssen auf die Veränderungen in unserer Stadt immer wieder neu reagieren, Probleme klar benennen und dabei unseren Grundwerten treu bleiben.

In der letzten Legislatur mussten wir noch gegen Privatisierungen kämpfen. Die SPD-Fraktion hat damals den Verkauf der Wohnungen aus der Berliner Immobilienholding verhindert. Übrigens auch gegen Harald Wolf und seine Linkspartei. Wir müssen uns von denen wirklich nicht erklären lassen, wie man linke Politik macht. Trotz CDU haben wir immer wieder linke Themen durchgesetzt.

In dieser Legislatur mussten wir nicht mehr gegen Privatisierung kämpfen. In dieser Legislatur sind wir sogar den Weg der Rekommunalisierung gegangen. Das ist ein Erfolg für alle, die so lange dafür geworben haben, zum Beispiel Nikolaus Carsten, der immer wieder gesagt hat: Wann, wenn nicht jetzt, bei diesen niedrigen Zinsen?

Wir haben in der Fraktion die AG Daseinsvorsorge, kurz Davos genannt, gegründet. Vielen Dank an Daniel Buchholz und alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Vielen Dank an Jörg Stroedter, der die SPD-Linie als Vorsitzender der Enquete-Kommission Energie – unter vielen Widrigkeiten – vertreten hat. Lieber Jörg: Du hattest wirklich keinen leichten Job.

Wer hätte vor zehn Jahren geglaubt, dass die SPD wieder zu ihrem programmatischen Kern einer starken sozialen Daseinsvorsorge zurückfindet?

Jetzt ist Rekommunalisierung zur Regierungspolitik in Berlin geworden. Und das war keine Selbstverständlichkeit, es waren unsere Entscheidungen und unsere Politik.

Wie oft hat Ellen Haußdörfer im Fraktionsvorstand und in der Fraktion auf den Tisch gehauen und immer wieder betont: Wir brauchen eine neue Liegenschaftspolitik. Das muss endlich umgesetzt werden. Wir haben dann Beschluss über Beschluss gefasst. Gemeinsam mit Michael, damals noch als Senator, für eine neue Liegenschaftspolitik gekämpft. Und am Ende haben wir sogar ein Verkaufsmoratorium durchgesetzt. Karlheinz Nolte und andere haben dann im Vermögensausschuss klare Kante gezeigt. Das war eine der härtesten Maßnahmen, die wir als Regierungsfraktion jemals ergriffen haben. Aber es war richtig, weil die wachsende Stadt völlig andere Rahmenbedingungen mit sich bringt. Deshalb mussten wir handeln – und wir haben uns durchgesetzt.

Jetzt haben wir eine neue Liegenschaftspolitik. Die Grundstücke gehören den Berlinerinnen und Berlinern. Sie werden im Interesse des Landes genutzt – für Wohnungsbau, für wirtschaftliche und für soziale Zwecke. Dieser Erfolg war nicht selbstverständlich. Ohne unsere Beharrlichkeit und ohne unseren Zusammenhalt würden heute immer noch jeden Tag Grundstücke verkauft. Es war richtig für die Stadt und deshalb können wir stolz darauf sein.

Wir haben bewiesen, dass unsere Politik der Rekommunalisierung für die Bürgerinnen und Bürger wirkt. In zwei Schritten wurden die Berliner Wasserbetriebe zurückgekauft. So viele Jahre war die Privatisierung der Wasserbetriebe ein Stachel im Fleisch der sozialdemokratischen Politik. Sie hat die Stadt gespalten. Und sie hat uns als Partei gespalten. Der Rückkauf der Wasserbetriebe war ein Erfolg von Senat und SPD-Fraktion. Wir haben diesen Erfolg gegen die ideologischen Vorstellungen des Koalitionspartners durchgesetzt.

Mittlerweile sind die Wasserpreise um 15 Prozent gesunken. Die Abwasserpreise um 6 Prozent. Die Neoliberalen haben immer behauptet, die Privaten könnten es besser als der Staat. Die sinkenden Wasserpreise sind der Beweis dafür, dass Private eben nicht alles besser können!

Die Berliner Sozialdemokratie hat mit dem Rückkauf der Wasserbetriebe und der Senkung der Wasserpreise programmatisch zu sich selbst zurück gefunden. Wir haben bewiesen, dass wir unsere Grundwerte langfristig nicht vergessen. Und dass wir Fehler aus dieser Haltung heraus auch korrigieren können – und zwar unabhängig davon, mit wem wir koalieren. Das gibt uns neue Glaubwürdigkeit zurück.

Wir haben auch bewiesen: Wir sind die Mieterpartei! Wir haben unsere Maßnahmen so schnell umgesetzt, dass die Opposition mit neuen Forderungen gar nicht mehr hinterherkam.

Ich will es mal aufzählen: Das Mietenbündnis. Die Wohnumwandlungsverordnung. Die Zweckentfemdungsverbotsverordnung. Die bundesweit schnellste Umsetzung der Mietpreisbremse. Die Einführung der sozialgerechten Bodennutzung. Die Sprinterprämie und mehr Personal für schnelle Baugenehmigungen. Der Wohnungsbaufonds. 900 Millionen Euro Wohnungsneubauförderung. 300 Millionen Euro Eigenkapitalerhöhung bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen. 200 Millionen Euro für den Mietenausgleich bei Sozialwohnungen. Liebe Iris, lieber Andreas: Mittlerweile ist es schwierig geworden, all das noch aufzuzählen.

In diesem Jahr fördern wir den Bau von 2.500 neuen Wohnungen. 400.000 Wohnungen werden wir in Landesbesitz halten. Am Anfang dieser Legislaturperiode hätte man dieses Ziel noch für verrückt gehalten. Jetzt setzen wir das Schritt für Schritt um: Jeder, der unsere Politik verfolgt, muss zu einem ganz klaren Urteil über die vier Jahre bis hier her kommen: In dieser Legislaturperiode haben wir die überfällige Kehrtwende in der Mietenpolitik geschafft. Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen weiter aus ihren Kiezen verdrängt werden. Wir werden die Wohnungsnot aktiv bekämpfen!

Sozialdemokratische Politik war immer eine Politik des sozialen Aufstiegs. Chancen auf eine gute Bildung für alle – das ist der Motor für den sozialen Aufstieg. Und wir haben dabei Themen angepackt, die vielleicht in früheren Jahren so nicht denkbar waren. Wir haben uns der Realität gestellt.

Lieber Joschka, es war richtig, dass wir beim Schulschwänzen härter durchgreifen. Dass wir beim Thema Gewalt an Schulen präventiv arbeiten. Lieber Lars: Es war richtig, dass wir ein Brennpunktschulprogramm beschlossen haben, damit den Schulen, die es schwer haben, geholfen wird. Auch das ist Politik für den sozialen Aufstieg. Und es ist mittlerweile eine Erfolgsgeschichte, ein Programm das Hoffnung macht. Weil wir die Schulen nicht alleine lassen.

Lieber Björn: Es war richtig, dass wir im Kitadialog mit den so genannten Experten gestritten haben. Sie haben uns gesagt: Qualität und Gebührenfreiheit – das schafft ihr nicht. Die Argumente bei den Kitagebühren waren übrigens genauso wie damals in den 2000er Jahren, bei der Debatte um Studiengebühren, als Sigmar Gabriel Studiengebühren in Niedersachsen eingeführt hat und Anette Fugmann-Heesing in Berlin davon geträumt hat.

Genau wie damals wurde behauptet: Die Gebühren treffen nur die Reichen. Es wurde behauptet: Was nichts kostet ist auch nichts Wert. Die Neoliberalen sagten: Wer Qualität will, der muss Gebühren wollen.

Die Fakten sind anders: Wenn zwei Eltern in Berlin Mindestlohn verdienen, Vollzeit arbeiten und ein Kind in die Kita geben, dann zahlen sie 105 Euro pro Monat. Das sind keine reichen Leute. Und ich gebe offen zu: Ich möchte auch die Mittelschichten entlasten, nicht nur die Geringverdiener. Junge Familien brauchen oft eine größere Wohnung, der Urlaub und der Zoobesuch werden teurer, und natürlich ist das auch die Lebensphase, in der man ein bisschen was ansparen will. Die heutige

Generation der Eltern zahlt hohe Steuern, hohe Mieten und kriegt später wenig Rente. Diese Leute halten unsere Gesellschaft zusammen. Die ganz normalen Leute, die hart arbeiten und viel Stress haben, die sollen wissen, dass die SPD an ihrer Seite steht. Das ist mein Ziel. Und dazu gehört auch, dass wir diese Leute nicht immer belasten, sondern auch einmal entlasten.

Und deshalb ist es richtig, dass wir auch über die Hort-Gebühren neu nachdenken. Wir wissen, dass der längere Verbleib in der Schule große Erfolge bringt. Zugleich wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Und wir wollen Berlin zu einer Stadt für Familien machen.

Deshalb werden wir in Zukunft die Abschaffung der Hortgebühren durchsetzen – weil Bildung kostenfrei sein muss, weil wir eine familienfreundliche Stadt sein wollen. In einer solidarischen Stadt muss das möglich sein! Das ist unser sozialdemokratischer Anspruch!

Und ich sage voraus, dass wir irgendwann auch das Schulessen kostenfrei gestalten werden. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt etwa 552 Euro im Jahr Kosten für das Schulessen. Wenn wir diese Kosten abschaffen, dann entlasten wir Familien stärker als jede Steuerreform. Denn es ist und bleibt richtig: Die Familien tragen die Hauptlasten in unserer Gesellschaft – Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Und deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter nach Wegen suchen, um Familien zu stärken!

Die Mitte der Gesellschaft: Das ist der Ort, an dem die SPD zuhause ist. Die Berlinerinnen und Berliner erwarten zurecht von uns, dass wir eine sichere Stadt organisieren.

Erhart Körting hat mit seiner Arbeit eine Glaubwürdigkeit in dieser Frage aufgebaut. Und viele dachten am Anfang der Legislaturperiode: Jetzt kommt der schwarze Sheriff. Jetzt wird Sicherheit wieder ein CDU-

Thema.

Die CDU genießt längst nicht mehr das Vertrauen der Berliner Polizei. Die Berliner Polizei fühlt sich von Henkel allein gelassen. Wir als SPD-Fraktion sind ein kompetenter und glaubwürdiger Ansprechpartner für die Berliner Polizei. Wir haben uns nie an der billigen Polemik von Grünen und Linken gegen die Berliner Polizei beteiligt.

Wir haben aber auch nicht so getan, als ob alles Okay wäre: Zustände am Oranienplatz, im Görlitzer Park oder auf dem RAW-Gelände sind für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht hinnehmbar. Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Denn gerade weil wir eine weltoffene Metropole sein wollen, müssen alle in unserer Stadt sicher leben können.

Es war richtig, dass zum Beispiel Tom Schreiber immer wieder den Finger in die Wunde gelegt hat, zum Beispiel gegen Extremismus und organisierte Kriminalität.

Und es ist richtig, dass Rainer-Michael in seinem Wahlkreis – genauso wie viele andere in ihren Wahlkreisen – immer wieder klar gemacht hat: Wir stehen auf gegen Nazis und für eine friedliche Weltstadt. Die SPD steht für Ordnung und Sicherheit in Berlin. Und für einen respektvollen Umgang mit der Berliner Polizei.

Erinnert Euch an die 2000er Jahre und unsere aufreibenden Diskussionen über Integration innerhalb der Berliner SPD. Die einen kamen aus Neukölln und Mitte mit ihren Lebenserfahrungen. Sie haben Botschaften mitgebracht, mit denen sie lange nicht gehört wurden. Sie haben uns Geschichten von Schulen ohne Hoffnung mitgebracht. Von Bürgerinnen und Bürgern ohne Perspektiven und ohne Antrieb zur Integration. Sie haben uns gesagt, dass eine romantische Idee von Multi-Kulti gescheitert sei. Diese Genossinnen und Genossen haben ihre Sicht auf diese Gesellschaft beschrieben.

Die anderen Genossinnen und Genossen wollten völlig zurecht, dass wir das Thema Diskriminierung nicht vergessen. Sie sagten, dass Integration keine Frage der Herkunft oder der Religion ist. Sondern dass Integration eine soziale Frage ist. Und dass es dabei um Bildung und soziale Gerechtigkeit geht.

Lange, viel zu lange, war die Sozialdemokratie tief gespalten zwischen denen, die klare Regeln wollten und denen, die die soziale Gerechtigkeit voran stellten. In dieser Fraktion gab es von Anfang an das Potenzial dafür, dass wir diesen tiefen Graben überwinden konnten.

Ich weiß noch, dass mir manche gesagt haben: Raed, mach bloß keine Klausurtagung zum Thema Integration. Das kann nur schief gehen. Das gibt Streit und wird uns eher schwächen als stärken. Und dann haben wir die Klausurtagung gehabt und das Gegenteil ist passiert. Wir haben einen neuen Konsens in der SPD-Integrationspolitik definiert. Und wir haben das hier in dieser Fraktion geschafft.

Wir haben gesagt: Beides ist richtig. Integration bedeutet sozialer Aufstieg. Integration bedeutet aber auch, dass wir klare Spielregeln des Miteinanders brauchen. Und das war Euer Erfolg, liebe Genossinnen und Genossen. Ihr habt diese neue Programmatik in der SPD verankert – und darauf werden wir noch Jahre aufbauen.

Auch bei der Finanzpolitik hat Berlin in den letzten vier Jahren viel erreicht. Wir haben die Schuldentilgung mit Überschüssen im SIWA-Gesetz festgeschrieben. Das war und ist noch immer einmalig in der deutschen Politik und ein Beweis dafür, dass wir es ernst meinen mit dem Schuldenabbau. Mittlerweile liegen wir bei unter 60 Milliarden Schulden – das war nicht selbstverständlich, sondern eine Folge unserer Politik für stabile Finanzen.

120 Mio. haben allein die Bezirke aus dem Fonds erhalten. Wir sanieren mit dem Fonds Krankenhäuser, wir schaffen neue Bahnen für die BVG an, Schulen werden erweitert. Nie war unsere Balance zwischen Investieren und Konsolidieren so klar und so deutlich wie beim SIWA-Fonds.

Verantwortung in der Finanzpolitik zeigt sich nicht nur bei knappen Kassen. Sie zeigt sich lange bevor die nächste Krise kommt. Und wir haben diese Verantwortung für kommende Jahre bewiesen.

In dieser Legislaturperiode mussten wir als SPD zu einem neuen Miteinander zwischen der Politik und den Organisationen in der Stadtgesellschaft finden. Ich erinnere mich noch an die Initiative Berliner Wassertisch.

Es waren Sozialdemokraten, zum Teil an führender Stelle der Organisation, die gesagt haben: Wir wollen unser Wasser zurück. Und in den Kreisverbänden haben die Genossinnen und Genossen unterschrieben. Aber auf Landesebene haben wir so getan, als wenn wir dagegen sind. SPD gegen SPD. Was für eine absurde Situation.

Daraus haben wir gelernt. Ganz am Anfang der Legislaturperiode haben wir deutlich gemacht, dass wir kein Gegeneinander von Politik und den politischen Aktivisten wollen. Sondern dass wir ein Miteinander wollen. Ich erinnere an die Debatte über die Offenlegung der S-Bahn-Verträge.

Damals kam die Forderung auf, die S-Bahn-Verträge offen zu legen. Das Volksbegehren war vorprogrammiert. Und in den Verwaltungen gab es Bedenkenträger. Und bei uns in der SPD Sympathisanten.

Aber diesmal haben wir nicht zugelassen, dass die Geschichte sich wiederholt. Wir in der SPD-Fraktion haben einen Beschluss gefasst, dass wir die Verträge veröffentlichen wollen. Und schon am Abend danach waren sie im Netz. Was für ein Zufall – plötzlich ging es doch. Wir haben

mit unserem Beschluss gezeigt, dass wir die Stadtgesellschaft ernst nehmen. Und dass wir nicht sinnlos gegeneinander kämpfen.

Dieses neue Miteinander zwischen uns und der Stadtgesellschaft hat uns auch in den Verhandlungen mit der Initiative Mietenvolksentscheid geholfen. Wir haben die Leute ernst genommen. Wir haben einen ganzen Sommer lang auf Augenhöhe verhandelt. Und, lieber Torsten, wir sind stolz darauf, dass wir einen Kompromiss in der Wohnungspolitik gefunden haben.

Dieses Miteinander zwischen SPD und Stadtgesellschaft, dieser permanente Dialog: Den werden wir auch in Zukunft führen. Deshalb wurden auf Initiative der SPD-Fraktion in allen Stadtteilen Wahlkreisbüros eingerichtet.

Das Jahr 2016 ist nicht nur ein Wahljahr. Es ist auch ein Jahr der Ungewissheiten. Das gesellschaftliche Klima ist so polarisiert wie seit Jahren nicht mehr.

Wir erleben nicht nur brennende Flüchtlingsheime in Deutschland, Pegida und eine zum Teil ganz unverhohlenen rechtsextreme AfD. Es gibt auch berechnete Ängste, wenn wie am Neujahrsmorgen in mehreren deutschen Städten Frauen von ganzen Mobs von Männern angegriffen wurden, die offensichtlich einen Flüchtlingshintergrund haben.

Wir erleben Hetze und Verschwörungstheorien im Internet. Journalisten werden offen angefeindet oder sogar angegriffen.

Manche Erlebnisse haben sich mir im letzten Jahr ganz besonders eingeprägt. Ihr wisst, ich bin fast jede Woche an irgendeiner Schule in Berlin zu Gast. Bei einem Besuch an einer Grundschule fragen Kinder normalerweise nach schönen Schulhöfen, weniger Hausaufgaben und mehr Spielplätzen. Kinder erzählen mir normalerweise auch, dass sie

Bäcker oder Ärztinnen oder Feuerwehrmänner werden wollen. Aber in diesem Winter haben mich die Kinder plötzlich öfter nach Krieg gefragt. Ob es bald Krieg gibt in Deutschland. Sie fragen mich danach, was ein Flüchtling ist und ob sie auch flüchten müssen. Meine eigenen Kinder haben mich gefragt: „Papa, sind wir Flüchtlinge?“ Das hat mich sehr bewegt.

Das alles zeigt, welche Themen und Gefühle in unserer Gesellschaft da sind. Junge Pärchen fragen sich, ob sie bei Großveranstaltungen sicher sind. Viele Bürgerinnen und Bürger haben auch Angst vor Terroranschlägen. Es ist so, als ob sich die Gesellschaft in einer Hab-Acht-Stellung befindet. Als ob jeden Tag der Ausnahmezustand kommen könnte.

Früher waren die Konflikte unserer Welt noch Themen der Außenpolitik. Die SPD stand dabei immer für eine Versöhnung der Interessen von Staaten und Gesellschaften. Für den Dialog und für die Diplomatie im Dienste des Friedens. Heute finden die Konflikte der Welt nicht mehr nur hinter den Grenzen, sondern mitten in unseren Großstädten statt.

Wir in politischer Verantwortung müssen deshalb den gesellschaftlichen Dialog, die tabufreie und zugleich versöhnende Debatte führen. Wir dürfen in einer Zeit der Unsicherheit nichts beschönigen. Aber wir müssen mit gesundem Menschenverstand klar machen, welche Risiken durch Terror, Krieg und politische Instabilität auf uns zukommen.

Wir müssen gleichzeitig pragmatisch bleiben und auch die Chancen benennen, die wir haben. Denn man darf auf Unsicherheit nicht mit Abschottung und Ignoranz antworten. Sondern mit Versöhnung und Menschlichkeit. Das, was unsere Gesellschaft trennt, müssen wir überwinden, und das Gemeinsame betonen.

Dazu gehören klare, harte aber faire Regeln des Zusammenlebens. Bei

uns haben Flüchtlinge eine Menschenwürde. Bei uns hat Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nichts zu suchen. Bei uns sind Frauen kein Freiwild. All diese Dinge sind nicht Gegensätze – sie gehören zusammen. Die Mitte der Gesellschaft akzeptiert weder politische noch religiöse Extremisten, noch Gewalt gegen Frauen.

Und wir werden jeder Form des Antisemitismus ganz klar und eindeutig entgegen treten! Egal, ob er von hier geborenen oder zugezogenen Berlinern ausgeht. Antisemitismus hat in unserer Stadt Berlin keinen Platz.

Bei uns herrscht Religionsfreiheit. Dazu gehört aber nicht, dass religiöse Konflikte wie im nahen Osten auch bei uns stattfinden. Mir ist egal, ob jemand Sunnit oder Schiit ist – aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn dieser Konfessionskrieg auf deutschen Straßen stattfindet. Ich möchte auch nicht, dass der Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden hier mit Großdemos und Spalterei stattfindet. Und ich akzeptiere auch nicht, wenn Berlin als Bühne für den Nahostkonflikt missbraucht wird. Wer bei uns lebt, muss die Konflikte in der alten Heimat lassen. Bei uns sind alle Willkommen – aber wir fordern und verlangen, dass der gesellschaftliche Frieden gewahrt wird!

Die Union verstrickt sich immer mehr in der Debatte, die AfD und CSU angefangen haben. Sie führen nur noch die Debatte um Pro oder Kontra Flüchtlinge. Nur noch die Extreme.

Wir als SPD stehen in der Mitte. Wir benennen und fordern klare Regeln, und zwar schon lange. Und zugleich setzen wir auf die Chancen, die sich ergeben, wenn wir die Integration diesmal besser machen als vor 30, 40 Jahren. Dazu gehört auch, dass wir in unseren Köpfen keine neuen Schubladen zulassen.

Wir reden heute von Flüchtlingskindern und helfen denen, die keine friedliche Kindheit und Jugend erleben durften. Ich war noch mein halbes

Leben lang ein Gastarbeiterkind. Ich wurde permanent gefragt, wo ich herkomme und warum ich da bin.

Heute haben wir viele Flüchtlingskinder. Schon in ein oder zwei Jahren wird Berlin für diese Kinder die emotionale Heimat sein, wie es Berlin für mich wurde. Wir müssen es schaffen, dass diese Kinder nicht ihr halbes Leben lang als Flüchtlingskinder oder Ausländer gesehen werden. Es sind Berlinerinnen und Berliner. Es sind unsere Kinder. Sie sind unsere Chance auf eine wirtschaftlich starke und kulturell reiche Gesellschaft.

Wir müssen die Jugend in Bildung und Beruf integrieren – und nicht in Haftanstalten. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine ganze Generation sich nur in Teestuben und Kulturvereinen abschottet. Sondern wir wollen, dass die neuen Berlinerinnen und Berliner mitten in unserer Gesellschaft leben. In unseren Sportvereinen, bei unserer Feuerwehr, in unseren politischen Parteien.

Letzten Sommer war es noch leicht, diese Willkommenskultur zu predigen. Ich habe auch damals schon im Parlament gesagt, dass wir natürlich nicht unbegrenzt belastbar sind. Das wollte damals niemand hören, ist aber eine Selbstverständlichkeit.

Aber jetzt, wo es schwierig wird, wo es auch mal an der einen oder anderen Stelle hakt, da schlagen sich die Konservativen in die Büsche. Die Linkspartei übrigens auch. Während die Grünen immer noch die Probleme weglächeln. Ich sage für die SPD-Fraktion in Berlin auch im Wahljahr ganz klar und eindeutig: Die Flüchtlinge, die hier sind, sind bei uns Willkommen!

Ich bleibe bei dieser Haltung. Denn alles andere hieße, dass wir der Integration schon im Ansatz keine Chance geben.

Die Berliner SPD wird – egal wie aufgeheizt das politische Klima ist – nicht

denen nach dem Mund reden, die unsere Gesellschaft spalten. Wir bleiben unseren aufgeklärten und weltoffenen Grundwerten treu! Dazu gehört auch, dass wir unsere Werte und unser Miteinander immer wieder neu beleben. Aber wir wollen auch, dass unsere Gesellschaft sich öffnet und sagt: Ihr gehört zu uns. Ihr seid Teil unserer deutschen Kultur, die wir immer wieder neu definieren. Genau das machen wir mit unserer praktischen und zupackenden Integrationspolitik. Klare Regeln, harte Arbeit, sozialer Aufstieg durch Bildung, Weltoffenheit statt Fremdenfeindlichkeit: Das ist die Mitte der Gesellschaft. Das ist die SPD.

Wir haben eine hervorragende Bilanz unserer Arbeit in den letzten vier Jahren vorzuweisen. Wir wissen, wie man regiert und wir haben viel für Berlin erreicht! Wir müssen auch den Mut haben, unsere Politik zu verteidigen, auch gegen Kritik von Lobbyisten und Einzelinteressen.

Genau deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die Weichen gestellt und Glaubwürdigkeit zurückerobert. So werden wir weiter arbeiten. Unseren Prinzipien treu bleiben und das machen, was man von der SPD erwarten kann: Für eine solidarische Stadt kämpfen.

Wir haben eine Vision von einer sozialen, sicheren und weltoffenen Metropole. Wir haben den Regierenden Bürgermeister Michael Müller. Wir gehen ohne Überheblichkeit ins Wahljahr. Aber aufrecht und mutig.